

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

MINISTER FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES, RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN

ANTONIOS ANTONIADIS

PRESSEMITTEILUNG – 8. November 2021

Interministerielle Konferenz für Frauenrechte

Rückblick auf 10 Monate Ko-Vorsitz und Übergabe

Am Montag, den 8. November 2021, haben die Ministerin der Wallonischen Region, Christie Morreale (PS), und der Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Antonios Antoniadis (SP), den Ko-Vorsitz der Interministeriellen Konferenz für Frauenrechte an die Föderation Wallonie-Brüssel übergeben. Dies gibt die Gelegenheit, eine Bilanz der 10-monatigen Arbeit zu ziehen und auf die von den Einrichtungen eingegangenen Verpflichtungen zurückzublicken.

Im Laufe des Jahres 2021 sind die zuständigen Minister mehrere Verpflichtungen mit einem gemeinsamen Ziel eingegangen: die Förderung der Frauenrechte voranzutreiben. Dabei wurde der Fokus vor allem auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in verschiedenen Berufszweigen gelegt.

So werden heute im Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen die folgenden Maßnahmen durchgeführt:

- Die Verkehrsunternehmen SNCB, STIB und TEC haben sich verpflichtet, die Hotline-Nummern kostenlos und regelmäßig auf ihren Werbeflächen sichtbar zu machen;
- Das Verfahren zur Gewährung kostenloser Betriebskosten für die Hotlines für Opfer häuslicher Gewalt ist im Gange, sowohl für die Opfer als auch für die Betreiber;
- Comeos, der Berufsverband des belgischen Handels- und Dienstleistungssektors, hat sich grundsätzlich bereit erklärt, sich an der Förderung von Hotlines für Opfer häuslicher Gewalt über den Einzelhandel zu beteiligen.

„Vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewalt gegen Frauen während der Coronakrise war es unerlässlich, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um den Opfern zu helfen, aus ihrer Isolation herauszukommen, indem eine Dynamik mit Akteuren in Gang gesetzt wird, die bereit sind, sich in diesem Kampf zu engagieren“, betonen die zuständigen Minister Morreale und Antoniadis.

Konkrete Maßnahmen wurden auch im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz, der Berufsberatung und der Ausbildung festgelegt, darunter:

- Die künftige Einstellung von sektoralen Beschäftigungscoaches, die gemeinsam mit den Unternehmensbereichen Maßnahmen zur Förderung der Eingliederung und Nichtdiskriminierung von Frauen in allen Berufen ergreifen sollen;
- Verbreitung von geschlechtsneutralen Stellenanzeigen durch Verwendung eines geschlechtsneutralen Wortes und Angabe (M-F-X);
- Gewährleistung einer gleichberechtigten und aktiven Vertretung von Frauen in staatlich geförderten Kommunikationskampagnen zum Thema „Beschäftigungswirtschaft“. Es wird insbesondere darauf geachtet, dass Frauen nicht in einer untergeordneten Position dargestellt werden. Auch die Erfolgsgeschichten von Frauen sollen gefördert werden.

Für die Minister Christie Morreale und Antonios Antoniadis ist die horizontale Segregation des Arbeitsmarktes, d. h. die Tatsache, dass der Anteil von Frauen und Männern in bestimmten Tätigkeitsbereichen sehr unterschiedlich ist, eine Quelle der Ungleichheit und heute ein echtes wirtschaftliches Problem. Angesichts der Herausforderungen, die sich aus dem Fachkräftemangel in bestimmten Sektoren ergeben, ist es unerlässlich, neue Strategien zur Integration von Frauen in Mangelberufe und Zukunftsberufe zu entwickeln, um die zahlreichen Hindernisse zu beseitigen, die ihnen den Zugang zu diesen Berufen verwehren.

Diese neuen, von der IMK für Frauenrechte beschlossenen Maßnahmen ergänzen die bereits im vergangenen Juni getroffenen Maßnahmen, wie die Entwicklung von Pilotprojekten zur Bekämpfung der Unsicherheit bei der Menstruation oder die Einrichtung einer einheitlichen Informationsplattform für Opfer von geschlechtsspezifischem Cybermobbing.

Sie werden auch in den kommenden Monaten in die Arbeit zwischen den Ministern einfließen, wenn die Föderation Wallonie-Brüssel, vertreten durch Ministerin Bénédicte Linard, den Vorsitz der IMK Frauenrechte übernehmen wird. Arbeitsschwerpunkte werden der Kampf gegen Sexismus in der Werbung und die Unterstützung von Einelternfamilien sein.

Weitere Auskünfte erteilt:

<p>Linda Zwartbol Referentin für Öffentlichkeitsarbeit Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Kabinett Vize-Ministerpräsident Antonios Antoniadis Klötzerbahn 32 – 4700 Eupen TELEFON +32 87 / 876 740, E-MAIL linda.zwartbol@gmail.com</p>
--